

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 2 • 76. Jg, JUNI 2025

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Soziale Demokratie – Wo Wurzeln Visionen tragen

Bericht zur Landesbildungs-
konferenz der SPÖ Oberösterreich

Seite 12/13



Interview:

Soziale Demokratie
im Wandel der Zeit

Seite 4/5

Frauenbewegung:

Zwischen Selbstbestim-
mung und Backlash

Seite 8

Digitale Macht:

Tech-Eliten und der Kampf
um unsere Demokratie

Seite 11



**Dein Weg, wohin
er dich auch führt.
Wir sind da.**

Für deine Ziele, Träume,
Erfolge und Veränderungen.

So weit muss
Bank gehen.

**Wir erneuern
unsere Energie.**

**Und uns
selbst.**

Für eine gute Zukunft müssen wir uns verändern.
Damit meinen wir aber nicht nur, wie wir als Energie AG
aussehen. Sondern unsere Energie selbst.
Deshalb werden wir klimaneutral und unabhängig.

energieAG
Oberösterreich

Entgeltliche Einschaltung

Frühling der Demokratie

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Foto © MecGreenie

Ende März ist in Kirchsschlag bei Linz die Frühlingswerkstatt 2025 über die Bühne gegangen. Thema dieser großen Veranstaltung der SPÖ Bildungsorganisation Oberösterreich war „Demokratie“. Ein ganzes Wochenende sind unterschiedlichste Aspekte debattiert worden.

Wir waren uns in der Redaktion des Bildungskuriers sehr schnell einig, dass so wichtige Aspekte eingebracht wurden, dass nicht nur die Teilnehmenden der Frühlingswerkstatt davon profitieren sollten, sondern auch die Leser:innen des Bildungskuriers. Wir haben also (unter anderem) die Referent:innen der Frühlingswerkstatt eingeladen uns Artikel über ihre Beiträge zu schreiben. Damit haben wir nicht nur den Bildungskurier gefüllt, wir versuchen damit auch unsere Bildungsaktivitäten gut zu verzahnen und zu verschränken.

In dieser Ausgabe des Bildungskuriers findet sich auch ein Bericht über die Landesbildungskonferenz vom 17. Mai 2025. Bei dieser Konferenz in Freistadt wurde nicht nur über die Aktivitäten der Bildungsorganisation seit 2022 Bericht erstattet, es wurde auch ein neuer Landesbildungsausschuss gewählt. Fast zwei Drittel der Mitglieder des gewählten Bildungsausschusses sind Frauen. Das stellt die männliche Dominanz der Vergangenheit eindeutig auf den Kopf und widerspiegelt einfach die Wirklichkeit der Bildungsorganisation. Und dann gab es noch einen spannenden Input von Martin Winkler – zum Zeitpunkt der Konferenz Kandidat für den Parteivorsitz in Oberösterreich – zu seinen geplanten Vorhaben als Landespartei-vorsitzender.

- 4 **Interview:** Bernd Dobsberger spricht über die Entwicklungen und Herausforderungen der Sozialen Demokratie.

- 6 **Zusammenhalt:** Warum sozialdemokratische Politik von gemeinsamen Geschichten lebt – und wie diese entstehen, beschreibt Felix Butzlaff.

- 7 **Demokratie:** Tamara Ehs erklärt, weshalb wir einen neuen Gesellschaftsvertrag verhandeln müssen.

- 8 **Frauen:** Der Kampf für Gleichberechtigung ist von Fortschritten, Rückschlägen und neuen Herausforderungen geprägt, betont Janine Heinz.

- 9 **Klima:** Wieso der Klimawandel eine soziale Frage ist und Priorität bleibt, erläutert Veronika Heimerl.

- 10 **Mitbestimmung:** Martina Zandonella gibt einen Überblick, wie sich ökonomische Ungleichheit auf unsere Demokratie auswirkt.

- 11 **Digitale Macht:** Wir dürfen die Debatte über unsere Zukunft nicht den Tech-Eliten überlassen, meint Mario Becksteiner.

- 12 **Bericht:** Ein Einblick in die erfolgreiche Landesbildungskonferenz untermalt mit Bildern.

Inhalt



6



8



9



10



Produziert nach der Richtlinie des österreichischen Umweltzeichens, „Druckerzeugnisse“
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich, Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, nicole.trudenberger@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Nina Andree, Bernd Dobsberger, Manuela Hiesmair, Georg Hubmann, Iris Ratzböck-Höllnerl, Lukas Russ, Nicole Trudenberger, Barbara Hinterleitner, Laura Wiednig

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 02/25, Juni, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 2/2025, GZ 02Z032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Es geht um die „Soziale Demokratie“!

Die Frühlingswerkstatt 2025 fand unter dem wahrlich sperrigen Titel „Zurück in die Zukunft – Soziale Demokratie: Wo Wurzeln Visionen tragen“ statt. Der Bildungskurier befragte den Landesbildungsvorsitzenden der SPÖ OÖ Bernd Dobesberger zur „Sozialen Demokratie“.

Bildungskurier: Die demokratische Ordnung unserer Gesellschaft schien über lange Jahre unumstritten, wie ist es überhaupt dazu gekommen?

Dobesberger: Schon vor etwa 2.500 Jahren gab es im antiken Athen für bestimmte Bevölkerungsgruppen demokratische Verhältnisse. Über lange Zeit haben sich dann aber wieder autoritäre Machtverhältnisse durchgesetzt. Der Kampf für demokratische Verhältnisse hat dann wieder Jahrhunderte gedauert. Zum Beispiel kämpften vor genau 500 Jahren große Teile des einfachen Volkes im Bauernkrieg um erste Elemente demokratischer Verhältnisse. In der Französischen Revolution von 1789 ging es gegen die Privilegien von Adel, Kirche und König und für Menschenrechte, Gleichheit und demokratische Verhältnisse. Und bei der Revolution von 1848 kämpften auch in Wien Bürgertum und Arbeiter:innenschaft für Demokratie und Freiheitsrechte. Und nach dem 1. Weltkrieg hatte sich in den industriellen Zentren im Westen Europas und in Nordamerika die Demokratie durchgesetzt. Nach dem Sieg über den Faschismus 1945 – der die demokratischen Verhältnisse wieder beseitigt hatte – schien der Sieg der Demokratie aber endgültig.

Bildungskurier: Welche Rolle hat die Sozialdemokratie in Österreich bei der Durchsetzung der „Demokratie“ gespielt?

Dobesberger: Die Sozialdemokratie vor deutlich über hundert Jahren war eine Bewegung von „Habenichtsen“. Die hatten nicht nur kein Geld und keinen Besitz, sie hatten auch keine politischen Rechte. Daher war der Kampf um demokratische Verhältnisse stets auch der Kampf der Sozialdemokratie. Und dabei ging es um die drei Bestandteile politischer Demokratie: Es ging um demokratische Wahlen für die parlamentarischen Organe des Staates, es ging um die politischen Rechte des/der

Einzelnen – also Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit usw. Und es ging darum, dass demokratische

„Daher war der Kampf um demokratische Verhältnisse stets auch der Kampf der Sozialdemokratie.“

Systeme immer Rechtsstaaten sein müssen, dass politisches Handeln immer an Gesetz und Verfassung gebunden ist. Und die Sozialdemokratie kämpfte für die Demokratie in allen Bereichen.

Bildungskurier: Mit der Ausrufung und der Konstituierung der 1. Republik wurde Österreich eine Demokratie, wie schätzte das die Sozialdemokratische Partei damals ein?

Dobesberger: Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung. Die Ausrufung der Republik im No-

„Die Sozialdemokratie war die treibende Kraft hinter dieser Entwicklung.“

vember 1918, der Beschluss der Verfassung 1920, das allgemeine und gleiche Wahlrecht auf allen Ebenen, das Wahlrecht für Frauen, die Abschaffung des Adels und seiner Privilegien, die Beseitigung der Zensur, die Etablierung des Verfassungsgerichtshofs usw. usf. wurde von der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei gefordert und durchgesetzt. Die Sozialdemokratie war eindeutig die Partei der Republik und der Demokratie in der 1. Republik. Sie hat sie nicht nur von Anfang an unterstützt, sie hat sie auch verteidigt.

IM INTERVIEW



Foto © MacGreene

Bernd Dobesberger
ist Landesbildungsvorsitzender
der SPÖ Oberösterreich.

Bekämpft und beseitigt haben die Demokratie die Rechten.

„Bekämpft und beseitigt haben die Demokratie die Rechten.“

Bildungskurier: Sah die Sozialdemokratie damit all ihre Forderungen verwirklicht?

Dobesberger: Wesentliche Repräsentanten der SDAP meinten, dass die Gleichheit aller Menschen im politischen System mit der Ausrufung der Republik und dem Beschluss der Verfassung erreicht sei. Für sie war damit die Forderung nach der Politischen Demokratie erfüllt. Was heute in der Debatte als „Liberale Demokratie“ bezeichnet wird, das meinte die Sozialdemokratie vor rund hundert Jahren mit dem Begriff der „Politischen Demokratie“. Die österreichische Sozialdemokratie wollte aber eine

zusätzliche Dimension der Demokratie erreichen, sie forderte auch die Soziale Demokratie. Damit sollte die soziale Gleichheit

„Die österreichische Sozialdemokratie wollte aber eine zusätzliche Dimension der Demokratie erreichen, sie forderte auch die „Soziale Demokratie“.“

aller Menschen erreicht werden und das meinte einerseits den massiven Ausbau sozialstaatlicher Sicherungssysteme und andererseits den Abbau der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheit. Die Einschätzung war, dass die Politische Demokratie langfristig nur mit der Durchsetzung der Sozialen Demokratie abgesichert und weiterentwickelt werden kann.

Bildungskurier: Nach den beiden faschistischen Regimen in Österreich zwischen 1934 und 1945 wurde die Politische Demokratie wieder errichtet und der Sozialstaat massiv ausgebaut. Ziel der Sozialdemokratie erreicht?

Dobesberger: Zumindest wurden wichtige Schritte beim Aufbau einer Sozialen Demokratie gemacht und damit auch die Politische Demokratie gestärkt. Es ist kein Zufall, dass der verstorbene britische Historiker Eric Hobsbawm die drei Jahrzehnte nach der Niederlage des Faschismus als das „Goldene Zeitalter“ bezeichnet. Der Lebensstandard stieg, die materiellen Unterschiede zwischen Arm und Reich waren nicht allzu dramatisch, der Sozialstaat spannte die notwendigen Sicherungssysteme und das Bildungssystem wurde massiv ausgebaut. Und die Zustimmung zu den demokratischen Verhältnissen war hoch. Die österreichische Sozialdemokratie sah dies aber nicht als die Verwirklichung all ihrer Forderungen und Hoffnungen, die soziale Ungleichheit schien ihnen nach wie vor zu groß. Aber die Richtung der Entwicklung stimmte, da waren sich alle in der Sozialdemokratie einig.

Bildungskurier: Heute ist aber auch die Liberale - oder Politische - Demokratie, wieder massiv unter Druck. Was ist da passiert?

Dobesberger: Der Aufstieg der extremen Rechten in Österreich, in Europa und in anderen Teilen der Welt, zum Beispiel in

den USA oder in Indien, hat eine Reihe von Gründen. Aber ein zentraler ist sicherlich, dass die Dominanz des Neoliberalismus in den letzten Jahrzehnten in der Gesellschaft dazu geführt hat, dass einerseits die soziale Ungleichheit massiv zugenommen hat und andererseits ein wachsender Teil der Bevölkerung sich an den Rand gedrängt fühlt. Eine ganz kleine Gruppe superreicher Oligarchen versucht sich nicht nur von der Sozialen Demokratie abzukoppeln, sie versuchen eine Gesellschaft nach ihren Vorstellungen aufzubauen. Und die kennt weder politische noch soziale Gleichheit, die kennt nur die absolute Dominanz der Milliardäre.

Für mich sind diese Entwicklungen der Beleg dafür, dass der Kampf um die Liberale Demokratie verschränkt werden muss mit dem Kampf um die Soziale Demokratie. Denn es zeigt sich: Demokratie ist nur mit beiden Dimensionen, der politischen und der sozialen zu haben.

Auf der Frühlingswerkstatt wurde gemeinsam debattiert, was Soziale Demokratie im Wandel der Zeit bedeutet und wie wir ihre Werte weiterentwickeln können, um heutige und zukünftige Herausforderungen zu meistern.



Die schwierige Kunst, die Gesellschaft zu verändern

Die Sozialdemokratie lebt als Bewegung von Gestaltungsanspruch, Zukunftsvisionen und Veränderungswillen. Der Kampf für ein schönes Leben für Alle birgt jedoch besondere Herausforderungen - auch im Verhältnis zu anderen Parteien.

FELIX BUTZLAFF

Sozialdemokratie funktioniert anders als andere politische Parteien. Nur, wenn man sich diese Andersartigkeit vor Augen führt, können daraus die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Reform oder Neuaufstellung entstehen. Zunächst – das ist ganz banal – versammeln sich Menschen in sozialdemokratischen Parteien, weil sie ihre Gesellschaften verändern möchten.

Wandel als Gestaltungsanspruch ist der Bewegung in die Wiege gelegt. Das bedeutet allerdings, dass fortwährend begründet und gerechtfertigt werden muss, was genau und mit welchem Ziel und warum überhaupt verändert werden soll. Dieses Problem haben konservative oder reaktionäre Parteien nicht – ihre Politik braucht keine derartige Begründung.

Zweitens umfasst diese Veränderung auch, das unterscheidet Sozialdemokrat:innen von Konservativen, das Leben und die Werte von Menschen. Ein neues Menschenbild eines freien und

gerechten Lebens bedeutet, dass ungleiche und erniedrigende Verhaltensweisen verändert werden – in der Arbeitstei-

„Ein neues Menschenbild eines freien und gerechten Lebens bedeutet, dass ungleiche und erniedrigende Verhaltensweisen verändert werden.“

lung von Familien, der Diskriminierung von Geschlechtern, sexueller Orientierung, oder Menschen mit verschiedener Hautfarbe. Dies war bereits der Kern des Roten Wiens. In den individualisierten Gesellschaften von heute allerdings wird jeder Veränderungsanspruch gegenüber dem Privatleben als undemokratische Zumutung empfunden. Gerade hier müssen Sozialdemokrat:innen also immer wieder deutlich machen, warum es befreiend und demokratisch sein kann, auch neue Formen des Zusammenlebens anzustreben.

„Kaum eine andere politische Partei hat Anhänger:innen, die eine solch hohe Erwartung an programmatische Konsistenz und ein gemeinsames Dach stellen.“

Drittens erwarten sozialdemokratische Wähler:innen ein Programm, welches diese Begründungen zusammenbindet. Und welches für einzelne Politikfelder ausmalt, wie eine bessere, gerechtere Zukunft aussieht. Kaum eine andere politische Partei hat Anhänger:innen, die eine solch hohe Erwartung an program-

DER AUTOR:

Felix Butzlaff

ist Politikwissenschaftler an der Central European University in Wien und arbeitet zu Demokratie, Partizipation, sozialen Bewegungen und Parteien.



matische Konsistenz und ein gemeinsames Dach stellen. Programmdebatten haben einen hohen Stellenwert. Sozialdemokratische Parteien müssen also wohlüberlegt größere Entwürfe liefern, um überzeugend zu sein. Diese Besonderheiten machen die politische Arbeit für die Sozialdemokratie viel komplizierter als für andere Parteien.

In der Vergangenheit wurde diese Komplexität oft über einigende politische Erzählungen eingehegt. Die Arbeiter:innenklasse entstand nicht als automatisches Produkt von ökonomischen Zwängen. Sondern sie organisierte sich selbst. In Gasthäusern und Vereinen, durch Zeitungen, vermittelt von Organisator:innen – und am Anfang war die Erzählung. Der Schriftsetzer, der Gießer, die Näherin und der Bergarbeiter begannen ihre Gegenwart gemeinsam zu deuten, Intellektuelle entwarfen strahlende Zukunftsvisionen, und aus den vereinzelt Teilen formte sich allmählich ein Kollektiv. Die späteren Mehrheiten bei Wahlerfolgen, etwa die absolute Mehrheit Bruno Kreiskys in Österreich, waren das Ergebnis einer einigenden Erzählung, die in der Veränderung begründet und plausibel gemacht wurde. Jede sozialdemokratische Politik, die erfolgreich sein möchte, muss eine solche integrierende Rechtfertigung liefern.

Die Sozialdemokratie ist mehr als eine Partei – sie ist eine Bewegung. Sich als Kollektiv für eine neue Form des Zusammenlebens einzusetzen ist die DNA sozialdemokratischer Politik.



Kürzen wir uns die Demokratie weg?

Warum Austerität und Aufrüstung statt Sozialstaat den sozialen Zusammenhalt und die Demokratie gefährden und weshalb wir deshalb einen neuen Gesellschaftsvertrag verhandeln müssen.

TAMARA EHS

Kürzlich titelte die *Financial Times*, die Staaten Europas müssten Wohlfahrtsausgaben kürzen, um aufzurüsten: *warfare state* statt *welfare state*. In Österreich trifft dieser Zeitgeist auf ein Budgetdefizit, das ohnehin Sparmaßnahmen im Sozialbereich veranlasst. Die Austeritätspolitik übersieht allerdings, dass die Wehrhaftigkeit der Demokratie nicht allein von der Kriegstüchtigkeit abhängt, sondern wesentlich von der Erfüllung ihrer Versprechen – und damit von sozialen Voraussetzungen. Die Zustimmung zur Demokratie ist jedoch von einer sozioökonomischen Schieflage geprägt, die ihr Überleben zusehends gefährdet.

„Die Zustimmung zur Demokratie ist jedoch von einer sozioökonomischen Schieflage geprägt, die ihr Überleben zusehends gefährdet.“

Dies belegen zahlreiche Studien: Susan Stokes stellt in einer Analyse von 23 Staaten, die in den vergangenen drei Jahrzehnten eine Autokratisierung verzeichneten, fest, dass wirtschaftliche Ungleichheit die stärkste Vorhersagevariable ist, wo und wann Demokratien erodieren. Weiters belegen Leonardo Baccini und Thomas Sattler, dass Sparmaßnahmen die Schlüsselvariable beim Anstieg der Wähler:innenstimmen für Populist:innen sind.

Sie bezeichnen den Erfolg populistischer Parteien als Versagen der Regierungen, die Verlierer:innen des wirtschaftlichen Strukturwandels zu schützen. Der österreichische *Demokratiemonitor* verdeutlicht, dass sich die Zufriedenheit mit dem politischen System nach den Krisenjahren erholt, jedoch nur bei Menschen im oberen und mittleren Einkommensdrittel. Im unteren Drittel denken nur mehr 21 %, dass das System gut funktioniere.

Denis Traber wies zudem nach, dass sich Politik auch hierzulande an den Wohlhabenden orientiert. Bei Ungleichheit und Ungerechtigkeit finde rechtsautoritärer Populismus einen Anknüpfungspunkt. Der politisch selektive Umgang mit gesellschaftlichen Veränderungen provoziere eine populistische Abwehrreaktion, argumentieren Armin Schäfer und Michael Zürn.

„Damit die Demokratie Zukunft hat, muss sie sich wieder durch ihre soziale Leistungsfähigkeit legitimieren.“

Damit die Demokratie Zukunft hat, muss sie sich wieder durch ihre soziale Leistungsfähigkeit legitimieren. Ihr Erfolg hängt davon ab, Ungleichheit zu vermindern und allen gleichermaßen die Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe zu ermöglichen. Momentan fühlen sich aber immer mehr Menschen um die Versprechen auf Freiheit und Gleichheit betrogen. Damit schwindet, was der Philosoph Richard Rorty als „soziale Hoffnung“ bezeichnete: der Glaube an die kollektive Verbesserung und positive Gestaltbarkeit der Zukunft.

Will die Sozialdemokratie „zurück in die Zukunft“, muss sie das Sozialstaatsprinzip als Verbot sozialen Rückschritts ansehen und der Ausdünnung des Wohlfahrtsstaats entgegenwirken. Dies würde die Politikgestaltung generell erleichtern, so der Historiker Tony Judt: „Von all den konkurrierenden und nur partiell miteinander zu vereinbarenden Zielen, die wir anstreben, muss an oberster Stelle der Abbau von Ungleichheit stehen. Bei dauerhafter Ungleichheit sind alle anderen erstrebenswerten Ziele viel schwerer zu

DIE AUTORIN:

Tamara Ehs

ist Vorstandsmitglied des Jahoda-Bauer-Instituts, Autorin von „Verteidigung der Demokratie“ (2025, ÖGB-Verlag) und forscht derzeit an der AIA in Bonn.



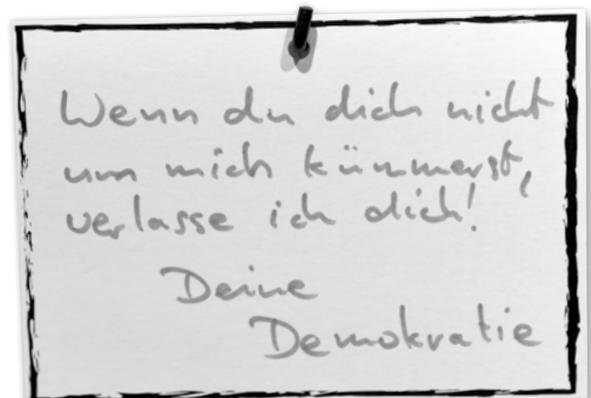
Foto © Helmut Prochart

BUCHTIPP



erreichen.“ Es ist an der Zeit, einen neuen Gesellschaftsvertrag zu verhandeln, der Fortschritts- und Zukunftsglaube als Spielsinn der Demokratie wiederbelebt.

Damit Demokratie Zukunft hat, muss sie durch soziale Gerechtigkeit überzeugen – ihr Versprechen von Freiheit und Gleichheit muss für alle gelten. Das müssen wir gemeinsam angehen.



Frauen und (Soziale) Demokratie: Zwischen Selbstbestimmung und Backlash

Ein (Rück-)Blick auf die Frauenbewegung in Österreich und den unvollendeten Weg zwischen großen Errungenschaften, dem internationalen Widerstand gegen antifeministische Tendenzen und der gemeinsamen Vision einer gleichberechtigten Gesellschaft.

JANINE HEINZ

134 Jahre – so lange wird es laut dem Weltwirtschaftsforum¹ noch dauern, bis Männer und Frauen gleichgestellt sein werden. Bereits mehr als 134 Jahre lang dauert der Kampf um Frauenrechte in Österreich an. Er ist von Fortschritten, Rückschlägen und neuen Herausforderungen geprägt.

So wurden bereits im Lichte des Revolutionsjahrs 1848 Rufe nach mehr Frauenrechten lauter. Auch wenn diese Forderungen von vielen unterschiedlichen – darunter auch bürgerlichen – Frauen Unterstützung fanden, ging der Kampf um Frauenrechte oft Hand in Hand mit dem Kampf um Arbeiter:innenrechte. Das zeigt auch die erste Frauendemonstration, die am 21. August 1848 als Reaktion auf geschlechtsspezifische Lohnkürzungen stattfand und bei der Erdarbeiterinnen aus Protest auf die Straße gingen. Auch programmatisch verankerte die sozialdemokratische Arbeiterpartei Frauenrechte in

Frauen treten seit Generationen gemeinsam für eine gleichberechtigte Gesellschaft ein – doch der Kampf ist noch lange nicht vorbei!



Form des allgemeinen Wahlrechts bereit 1892 in ihrem Parteiprogramm. Unter Führung von Adelheid Popp, die auch die „Arbeiterinnenzeitung“ herausgab, kämpften sozialdemokratische Frauen unermüdlich für politische Mitbestimmung.

Erst mit dem Ende der Monarchie und der Ausrufung der Ersten Republik am 12. November 1918 wurde das Wahlrecht ohne Unterschied nach Geschlecht eingeführt. Bei den Wahlen im Februar 1919 zogen erstmals acht Frauen in die Nationalversammlung ein, die Mehrheit von ihnen Sozialdemokratinnen. Die Errungenschaften der Ersten Republik wurden während des Austrofaschismus und der NS-Zeit zurückgedrängt. Nach 1945 wurden demokratische Grundrechte wiederhergestellt, doch gesellschaftlich dominierte weiterhin ein traditionelles Familienbild.

Eine rechtliche Revolution begann in den 1970er Jahren unter Bruno Kreisky mit der Einführung der Fristenlösung (1973) und der großen Familienrechtsreform (1975), die das partnerschaftliche Prinzip einführte und Frauen freie Berufswahl ermöglichte. In den 1980er und 1990er Jahren folgte die Institutionalisierung der Frauenpolitik mit der Einrichtung eines eigenständigen Frauenministeriums unter der ersten Frauenministerin Johanna Dohnal (1990) und dem bahnbrechenden Gewaltschutzgesetz von 1997, das erstmals die Wegweisung von Gewalttätern ermöglichte.

Trotz dieser Fortschritte zeigen aktuelle Entwicklungen einen besorgniserregenden Backlash. Die COVID-19-Pandemie verstärkte traditionelle Geschlechterrollen, bereits zuvor vulnerable Gruppen erlitten Verschlechterungen ihrer

DIE AUTORIN:

Janine Heinz

ist Soziologin und hat zu den Themen Gleichstellung, Autoritarismus und Rechtsextremismus geforscht und unterrichtet. Heute ist sie im Kabinett von Bundesministerin Holzleitner als Referentin tätig.



Foto © David Wisnjic

psychischen Gesundheit und finanziellen Lage. Gleichzeitig gewinnen antifeministische und rechtsautoritäre Bewegungen zunehmend an Einfluss, die sich international etwa in der Einschränkung des Rechts auf einen Schwangerschaftsabbruch in den USA und Polen oder in dem Bildungs- und Arbeitsverbot für Frauen in Afghanistan widerspiegeln.

In Österreich ist mit Eva-Maria Holzleitner nun wieder eine Feministin im Amt der Frauenministerin und ihr ambiti-

„In Österreich ist mit Eva-Maria Holzleitner nun wieder eine Feministin im Amt der Frauenministerin.“

oniertes Programm gibt Hoffnung darauf, dass sich die Frauenrechte in Österreich wieder verbessern, statt dem internationalen Trend der Rückschläge frauenpolitischer Errungenschaften zu folgen.

¹ <https://www.weforum.org/stories/2024/06/global-gender-gap-2024-what-to-know/>

Wieso der Klimawandel eine soziale Frage ist und Priorität bleibt

Das Bewusstsein für Klimaschutz ist bei einem großen Teil der Bürger:innen gegeben – jedoch wird die Bekämpfung der Klimakrise nur dann erfolgreich sein, wenn sie soziale Ungleichheiten mitdenkt.

VERONIKA HEIMERL

Extrême Hitze, Hochwasser, Dürren und Waldbrände führen uns jedes Jahr erneut die Gefahren des Klimawandels vor Augen. Ein erschreckender Rekord jagt den nächsten: Die letzten zehn Jahre waren die heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen, die Zahl der Extremwetterereignisse nimmt zu.

Allein die schweren Überflutungen in Österreich im Herbst 2024 haben mehrere Menschenleben gekostet und Schäden von mindestens 1,3 Mrd. Euro verursacht. Geld, das wir dringend anderweitig brauchen würden, z.B. für Investitionen in das Bildungs- und das Gesundheitssystem, und eben für Klimaschutz.

Die Menschen in Österreich sind schon heute massiv von den Folgen des Klimawandels betroffen. Aber auch hier gilt, was wir in anderen Bereichen schon lange wissen: Der Klimawandel trifft nicht alle gleichermaßen.

Menschen mit niedrigem Vermögen und Einkommen, die besonders wenig zu seiner Entstehung in Form von Treibhausgasemissionen beigetragen haben, spüren die Auswirkungen umso stärker. Sie sind z.B. besonders stark von Hochwasser oder Hitze betroffen – sei es aufgrund fehlender finanzieller Ressourcen, um sich vor Schäden durch Flutkatastrophen zu schützen bzw. sich einen Wiederaufbau zu leisten, oder aufgrund ihrer Arbeitsplätze, etwa am Bau oder in der mobilen Pflege, wo sie der Hitze besonders stark ausgesetzt sind.

Auch das Bewusstsein für die Klimakrise steigt: rund drei Viertel der Menschen in Österreich geben an, dass die Klimaerhitzung für sie ein sehr ernstes Problem ist. Auch für Arbeiter:innen und Angestellte gehört sie laut Umfragen zu einem der drei wichtigsten Themen und über 80%

befragter Betriebsratsmitglieder finden Nachhaltigkeit wichtig oder sehr wichtig.

Die Forschung zeigt jedoch, dass viele befürchten, durch Klimapolitik selbst von Einbußen betroffen zu sein, während Reiche aufgrund ihrer finanziellen Möglichkeiten von den Maßnahmen unberührt bleiben oder sogar von ihnen profitieren.

Wir müssen deshalb ins Zentrum stellen, dass es durch Politik, die konsequent soziale und ökologische Fragen gemeinsam beantwortet und Reiche und Unternehmen in die Verantwortung nimmt, viel zu gewinnen gibt: Mehr Zeit für Freund:innen und Familie, bessere Bildung an Schulen und in der beruflichen Aus- und Weiterbildung, bessere Luftqualität und Lebensmittel, und vieles mehr. Die Arbeiter:innenbewegung hat in der Geschichte immer dann erfolgreich Fortschritt erkämpft, wenn sie eine positive Vision der Zukunft gezeichnet und mit gangbaren Schritten im Jetzt verbunden hat. Im Plan der AK Wien für den sozialen und ökologischen Umbau ist ausgearbeitet, was das in konkreten Bereichen bedeutet: von Gesundheit und Pflege, über Bildung und Arbeitsrecht bis hin zu Verkehr und Energieversorgung. In jedem Bereich wird gezeigt, wie eine bessere Zukunft aussehen könnte und welche Maßnahmen jeweils in die richtige Richtung führen würden.

Der Klimawandel schreitet voran, die Maßnahmen gegen ihn sollten entschlossen und sozial gerecht sein – es gibt viel zu gewinnen.

DIE AUTORIN:

Veronika Heimerl ist Referentin in der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien und arbeitet zu Themen an der Schnittstelle zwischen Klimawandel und Sozialem.



Foto © Erwin Schuh

„EINE ZUKUNFT FÜR DIE VIELEN“:



Broschüre:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/resolver?urn=urn:nbn:a>



Langfassung:

<https://emedien.arbeiterkammer.at/resolver?urn=urn:nbn:at:at-akw:g-6692583>

Der Kampf gegen die Klimakrise gelingt nur, wenn soziale Fragen mitgedacht werden und eine ökologische, gerechte und solidarische Zukunft angestrebt wird.



(Soziale) Demokratie und Beteiligung

Was ökonomische Ungleichheit mit demokratischer Mitbestimmung zu tun hat – und was sich ändern muss, damit alle Stimmen zählen.

MARTINA ZANDONELLA

Fragen wir die Menschen, was Demokratie für sie ausmacht, stehen Gleichheit und Mitbestimmung ganz oben auf der Liste. Egal wer man ist, woher man kommt oder was man besitzt: Jeder Mensch ist gleich viel wert, hat eine Stimme und kann mit dieser die uns gemeinsam betreffenden Lebensumstände mitgestalten. Entlang dieses zentralen, mit der demokratischen Idee einhergehenden, Versprechens sind zuletzt jedoch wieder zunehmend Schieflagen entstanden.

So hatte bei der Nationalratswahl 2024 ein Fünftel der Bevölkerung ab 16 Jahren aufgrund ihrer Staatsbürgerschaft keine Stimme, bei der Wiener Landtagswahl 2025 galt dies für mehr als jede:n Dritte:n. Hervorsticht, dass dieser Ausschluss vom Wahlrecht über die Bevölkerung hinweg nicht gleich verteilt ist. In Wien betrifft er mit 60 % allen voran Arbeiter:innen, auch österreichweit wird die politisch wirksamste Form der Mitbestimmung vor allem Berufsgruppen mit niedrigem Einkommen und geringer Anerkennung vorenthalten: 66 % der Reinigungskräfte, 60% der Beschäftigten in Gastronomie und Tourismus

Demokratie braucht breite Beteiligung und dafür müssen auch die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden.



oder auch 41 % der Beschäftigten in der Nahrungsmittelherstellung sind nicht wahlberechtigt.

Klassenspezifisch verlaufen auch die Grenzen innerhalb der Berechtigten: An der Nationalratswahl 2024 nicht teilgenommen haben 12 % der Wahlberechtigten im oberen, jedoch 39 % der Wahlberechtigten im unteren Einkommensdrittel. In dieser Gruppe untergraben zahlreiche Erfahrungen von Ausschluss – von ökonomischer Sicherheit, guter Arbeit und gesellschaftlicher Wertschätzung – das Vertrauen in das politische System und daran anschließend den Wert in die Beteiligung. Derzeit denkt nur mehr rund ein Fünftel der Menschen im unteren Drittel im Parlament gut vertreten zu sein und noch einmal weniger sind davon überzeugt mit politischer Beteiligung etwas bewirken zu können. Hierbei handelt es sich nicht „nur“ um subjektive Eindrücke: Die Forschung hat inzwischen mehrfach bestätigt, dass auch in Demokratien unteres Zuschnitts die Anliegen des unteren Drittels schlechter vertreten werden und weniger Chance auf Umsetzung haben.

Ökonomische Ungleichheit schadet also der Demokratie, weil sich kapitalistische Machtverhältnisse in politische übersetzen. Dies untergräbt die politische Gleichheit und entzieht dem unteren Drittel systematisch wirksame Mitbestimmung.

Soll der Zweidrittel-Demokratie Einhaltung geboten werden, ist der zunehmenden ökonomischen Ungleichheit und den damit einhergehenden Machtkonzentrationen entgegenzuwirken.

DIE AUTORIN:

Martina Zandonella ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener FORESIGHT-Institut und forscht zu Demokratie, Bildung und Arbeit im Kontext von sozialer Ungleichheit.



Foto © matphoto

ken. Für die Menschen im unteren Drittel gilt es außerdem, in ihren Alltag eingebettete, positive Erfahrungen mit Demokratie und Beteiligung zu schaffen – in der Ausbildung, bei der Arbeit oder im Stadtteil bzw. der Gemeinde.

Das politische System reagierte auf die bestehende Repräsentationslücke bislang vor allem mit der Schaffung von neuen, rechtlich meist unverbindlichen, Beteiligungsangeboten. Dies ist zu begrüßen, vergrößert jedoch häufig den Beteiligungsspalt, da vor allem jene Bürger:innen mitmachen, die bereits politisch aktiv und Teil des mittleren bzw. oberen Einkommensdrittels sind. Ein Mehr an Beteiligungsangeboten ist daher auch kein Ersatz für Beteiligungsrechte und auch keine Alternative zu klassenge-rechten repräsentativen Strukturen.

Literatur

Donnelly, Michael / Lefkofridi, Zoe (2014): Economic and political inequality in modern democracies: Differential responsiveness to the policy preferences of economic classes. EUI Working Papers MWP Red Number Series 2044/13.

Ehs, Tamara / Zandonella, Martina (2024): Mehr Zusammenbringen. Zur Verbesserung politisch wirksamer Beteiligung in Wien. In: Haas, Malena / Moussa Lipp, Sina / Verlic, Mara (Hrsg.innen): Stadtpunkte Band 4, Wien: Arbeiterkammer.

Elsässer, Lea / Schäfer, Armin (2017): Dem Deutschen Volke? Die ungleiche Responsivität des Bundestags. In: Zeitschrift für Politikwissenschaft 27, 161-180.

Zandonella, Martina (2018 bis 2024): Demokratie Monitor. Wien: FORESIGHT.

Datenquellen

AMIS Arbeitsmarktinformationssystem
Datenbank des BMAW (Zugriff April 2025).

Statistik des Bevölkerungsstandes und Abgestimmte Erwerbsstatistik der STATISTIK AUSTRIA (Zugriff April 2025).

KI als neue industrielle Revolution? Wir dürfen die gesellschaftliche Debatte nicht den Tech-Eliten überlassen!

Über digitale Machzentren, Künstliche Intelligenz und die Notwendigkeit eine breite Debatte über gesellschaftspolitische und demokratiepolitische Auswirkungen des Digitalkapitalismus führen zu müssen.

MARIO BECKSTEINER

Der Digitale Kapitalismus verändert Machtverhältnisse und stellt demokratische Gesellschaften vor mannigfache Herausforderungen. Besonders deutlich wurde dies zuletzt in den USA. Chefs von Tech-Unternehmen, wie Elon Musk, gewinnen an politischem Einfluss und setzen ihre oft libertär-kapitalistische Vision von Gesellschaft um.

Viele dieser Tech-Unternehmer folgen aggressiven Unternehmensstrategien à la „the winner takes it all“ und verfolgen gesellschaftliche Vorstellungen, die alle Alarmglocken schrillen lassen. Peter Thiel, einer der einflussreichsten Tech-Investoren, formuliert offen die Position, dass Freiheit und Demokratie im Widerspruch stehen.

Nun sind Europa und Österreich nicht die USA. Bisher erleben wir in Europa keinen derart disruptiven Austausch der maßgeblichen ökonomischen Eliten in Richtung Tech-Branche wie in den USA. Aber auch hier lässt sich immer stärker beobachten, dass zwei wesentliche Elemente des Digitalkapitalismus an Wirkmächtigkeit gewinnen, die gesellschaftspolitische und demokratiepolitische Auswirkungen haben.

Die insbesondere mit Künstlicher Intelligenz (KI) verknüpften Versprechungen lösen global einen Investitionswettlauf aus. Gleichzeitig kann aber heute niemand sagen, ob diese Wette aufgeht. Die Beträge die global, aber auch in Europa, in die KI-Industrie gepumpt werden sind enorm.

Im Zuge dessen gewinnt die Ideologie des sogenannten Techno-Solutionismus, die im Kern besagt, dass alle

gesellschaftlichen Probleme einer technischen Lösung zugeführt werden können, an Zulauf. Es ist ein Phänomen, das nicht neu ist. In Vergessenheit gerät dabei, dass die historische Erfahrung mit techno-solutionistischen Ideologien uns lehrt, dass alle technischen Lösungen unintendierte Nebeneffekte zeitigen, mit denen oft spätere Generationen beschäftigt sind. Die Wirkmächtigkeit dieser Ideologie allerdings wächst.

Was also zu beobachten ist, sind Prozesse von Machtkonzentration, Kapitalkonzentration und die Verfestigung ideologischer Glaubenssätze, wie zum Beispiel des Techno-Solutionismus.

Alle drei beschriebenen Tendenzen strukturieren die öffentliche Debatte um Digitalisierung und KI und führen dazu, dass kritische Sichtweisen, Arbeitnehmer:innenperspektiven und differenzierte Debatten über Fragen der Einsatzweisen und unintendierter Nebeneffekte dieser Technologien immer weniger gehört werden.

Öffentliche Podien sind, auch in OÖ, mit den immer gleichen „Expert:innen“ aus Wirtschaft und Technik-Wissenschaften besetzt. Doch wenn die Einschätzungen stimmen, dass insbesondere KI eine neue industrielle Revolution zeitigen wird, dann sollten wir als Gesellschaft unbedingt dafür sorgen gesell-

DER AUTOR:

Mario Becksteiner

war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Göttingen im Fachbereich Soziologie „Digitalisierung der Arbeitswelt“ und ist jetzt Teamleiter des Teams „Transformation der Arbeitswelt“ in der AK OÖ.



Foto © AK OÖ

schaftliche Debatten zu öffnen. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der historischen Erfahrungen bezüglich der politischen, gesellschaftlichen und sozialen Auswirkungen „industrieller“ Revolutionen der Vergangenheit.

Tech-Konzerne prägen zunehmend unsere Gesellschaft und versuchen die Politik nach ihren Vorstellungen zu gestalten. Es ist höchste Zeit für eine breite, kritische Debatte über unsere (digitale) Zukunft!



Bericht zur Landesbildungskonferenz der SPÖ Oberösterreich am 17. Mai 2025

Transformation ermöglichen: Politische Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft!

Am Samstag, den 17. Mai 2025, fand im Zeichen der politischen Bildung und des konstruktiven Austauschs die Landesbildungskonferenz der SPÖ Oberösterreich statt. Zahlreiche engagierte Genoss:innen und Gäste fanden sich ein, um Bilanz zu ziehen, Weichen für die Zukunft zu stellen und neue Impulse für die politische Bildungsarbeit in Oberösterreich zu setzen.

Die Veranstaltung begann pünktlich mit einer Begrüßung durch die Moderation und stellvertretende Landesbildungsvorsitzende **Manuela Hiesmair** sowie durch unseren Landesbildungsvorsitzenden **Bernd Dobesberger**. Beide unterstrichen in ihren einleitenden Worten die Bedeutung politischer Bildung in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche und wachsender Herausforderungen.

Es folgte die offizielle Begrüßung durch den geschäftsführenden Landesparteivorsitzenden **Alois Stöger**, der mit Nachdruck auf die Rolle der Bildung als Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik verwies. Seine Worte fanden breite Zustimmung und eröffneten den inhaltlichen Teil der Konferenz mit einer klaren politischen Botschaft.

Besondere Freude bereitete es uns, eine Reihe hochrangiger Gäste willkommen zu heißen. Unter ihnen war der Kandidat für den Landesparteivorsitz der SPÖ OÖ, **Martin Winkler**, dessen Anwesenheit mit Spannung erwartet wurde. Ebenfalls herzlich begrüßt wurden **Landesgeschäftsführerin Nicole Trudenberger**, der Abgeordnete zum Europäischen Parlament **Hannes Heide** sowie stellvertretend für die Nationalratsabgeordneten **Nationalrätin Katrin Auer** und für die Landtagsabgeordneten **Gabriele Knauseder**.

Ein besonderer Gruß galt auch **Bundesbildungssekretär Wolfgang Markytan** sowie **Cappar Hajo**, Direktor der Wiener Bildungsakademie, die stellvertretend für die Freund:innen aus der Bundesbildung anwesend waren.

Im anschließenden Bericht über die Aktivitäten des Landesbildungsausschusses von 2022 bis 2025 gab **Nicole Trudenberger** einen umfassenden Rückblick. Dabei wurde sichtbar, wie vielfältig und intensiv die bildungspolitische Arbeit in den vergangenen Jahren war – von der Organisation thematischer Veranstaltungsreihen bis hin zu konkreten Bildungsprojekten in den Bezirken.

Ein zentrales inhaltliches Highlight der Konferenz bildete der Input von **Landesbildungsvorsitzendem Bernd Dobesberger** zum Thema „*PERSPEKTIVEN-VERSCHRÄNKUNG oder Kraftwerke gegen den Klimawandel und Auf die FPÖ ist Verlass: Die Realität ist verlassen!*“. Mit analytischer Schärfe



Alois Stöger eröffnet die Landesbildungskonferenz mit motivierenden Grußworten.



(v.l.n.r.) Alois Stöger, Martin Winkler, Hannes Heide und Nicole Trudenberger bei der Eröffnung der Landesbildungskonferenz.



(v.l.n.r.) Bernd Dobesberger, Nicole Trudenberger, Martin Winkler, Wolfgang Markytan und Cappar Hajo. Wir freuen uns sehr, auch die Bundesbildung bei unserer Konferenz begrüßen zu dürfen.



Ein großer Dank gilt Annemarie Obermüller und Friedrich Danko für ihr langjähriges Engagement für die SPÖ Bildung Oberösterreich.



und pointierter Sprache setzte er sich kritisch mit politischen Gegenspieler:innen auseinander und plädierte für klare, progressive Positionen in der Bildungspolitik.

Im weiteren Verlauf wurde den ausscheidenden Mitgliedern des Landesbildungsausschusses, **Friedrich Danko** und **Annemarie Obermüller**, für ihr langjähriges Engagement herzlich gedankt.

Mit einem stillen Totengedenken wurde an **Franz Turek** und **Erna Stacey-Aschauer** erinnert, deren Verdienste für die Bewegung unvergessen bleiben.

Es folgte die Vorstellung der Kandidat:innen für den neuen Landesbildungsausschuss. Die darauffolgende Wahl, die in Kombination mit einer Pause für Gespräche und Vernetzung durchgeführt wurde, verlief zügig und in konstruktiver Atmosphäre.

Nach der Pause setzte **Mag. Martin Winkler** mit seinem Vortrag „Politische Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft“ einen inhaltlich tiefgehenden Impuls. Er betonte, wie wichtig es sei, politische Bildung nicht nur als Wissensvermittlung, sondern als demokratiepolitische Aufgabe zu verstehen. Seine Ausführungen gaben der Konferenz zusätzliche inhaltliche Tiefe und regten zur Diskussion an.

Im Anschluss wurden die Ergebnisse der Wahl bekannt gegeben: Alle Mitglieder des neuen Landesbildungsausschusses wurden einstimmig oder mit großer Mehrheit gewählt.



Annemarie Obermüller und Manuela Hiesmair beim gemütlichen Austausch.



Der neue Landesbildungsvorstand (v.l.n.r.): Lukas Russ, Bernd Dobesberger, Sarah Strigl, Iris Ratzenböck-Höllerl, Petra Mies, Nicole Trudenberger, Silvia Luger, Lisa Wesp, Barbara Bichler, Manuela Hiesmair, Gerald Mitterlehner, Margareta Denk, Gerold Gassenbauer. Nicht am Foto: Nina Andree, Tobias Höglinger, Iris Kwopil.



Bernd Dobesberger regt mit seinem Input „**PERSPEKTIVENVER-SCHRÄNKUNG** oder Kraftwerke gegen den Klimawandel und **Auf die FPÖ ist Verlass: Die Realität ist verlassen!**“ zum Nach- und Weiterdenken an.



Martin Winkler bei seinem Input „**Politische Bildung für eine zukunftsfähige Gesellschaft**“.

Mit abschließenden Dankesworten und dem ausdrücklichen Appell, auch in Zukunft gemeinsam für eine starke politische Bildungsarbeit einzutreten, endete die Konferenz. Der offizielle Teil schloss mit einem gemütlichen Beisammensein – eine Gelegenheit, sich in entspannter Atmosphäre weiter auszutauschen und neue Kontakte zu knüpfen.

Die Landesbildungskonferenz 2025 zeigte eindrucksvoll: Politische Bildung ist mehr als ein Schlagwort – sie ist das Fundament einer lebendigen Demokratie. Die SPÖ Oberösterreich wird diesen Weg auch in Zukunft konsequent weitergehen.

Sozialistische Jugend OÖ

Sommersportfest 2025

Auch dieses Jahr findet das Sommersportfest der Sozialistischen Jugend wieder im wunderschönen Europacamp statt.

Bei kurzen Workshops zu verschiedensten inhaltlichen Themen, aber auch kleinen Schulungen zu praktischen Skills, lernen junge Menschen Wichtiges für den politischen Alltag. Daneben beschäftigen wir uns beim gemeinsamen Arbeiter:innenliedersingen mit der Geschichte und den Arbeits- und Freiheitskämpfen unserer Vorkämpfer:innen.

Neben den inhaltlichen Parts ermöglichen wir jungen Menschen vor allem kostengünstigen Urlaub im Europacamp direkt am Attersee zu machen. Dabei reichen die Angebote von Stand-Up-Paddeln, einer Cocktail-Bar am See über die „Sommersportfest Games“ bis hin zu leiwanden Partys am Abend.

Wenn du oder junge Menschen aus deiner Ortspartei Urlaub mit Bildung verbinden möchten, dann fahrt mit 200 jungen Menschen aus ganz Österreich mit aufs Sommersportfest!

SPÖ OÖ

Diskussionsgespräch Frühlingswerkstatt 2025

Ein Rückblick von Larissa Zivkovic

Bei der vergangenen Frühlingswerkstatt wurde der Sonntag, wie auch schon in der Vergangenheit, dazu genutzt, um miteinander in Diskussion zu treten. Moderiert von Bernd Döbesberger diskutierten die Podiumsgäste Katrin Auer, Martin Winkler und ich über die Zukunft der SPÖ Oberösterreich.

Von nötigen Veränderungen in unserem Wirtschaftssystem, dem Zusammenhang zwischen Rechtsruck und ökonomischer Sicherheit von Menschen bis hin zur Rolle von frauenpolitischen Inhalten wurde vieles thematisiert, das auch den Teilnehmenden am Seminar stark interessierte, was die rege Teilnahme an der Diskussion zeigte.

Auch wenn die drei Podiumsgäste aus unterschiedlichen Hintergründen kommen und sich auch inhaltlich keineswegs immer einig waren, zeigte die Veranstaltung, dass Räume, in denen Parteimitglieder mit Funktionär:innen ins Gespräch kommen können, wichtig sind. Denn intern können Debatten nur geführt werden, wenn es auch entsprechende Möglichkeiten dafür gibt.

Das Thema „Demokratie“, das bei der Frühlingswerkstatt eine große Rolle spielte, spiegelte sich auch in der Diskussion wider. Diskutiert wurde auch, wie dem anhaltenden Rechtsruck entgegengehalten werden kann: Auch hier gab es mehr als einen Zugang von den Podiumsgästen – Einigkeit herrschte



Foto © MecGreenie

Sommer, Sonne, Sozialismus – eine perfekte Kombination für ein Wochenende im schönen Europacamp.

SOMMERSPORTFEST 2025

Wann: 11. bis 13. Juli 2025

Wo: Europacamp in Weißenbach am Attersee

Anmeldung: <https://www.sj-ooe.at/sommersportfest>

Kontakt: office@sj-ooe.at oder 0664/1438409



Foto © MecGreenie

Die spannende Diskussion in gemütlicher Atmosphäre bildete den Abschluss eines erfolgreichen Wochenendes.

jedoch dabei, dass nur mit mehr ökonomischer Sicherheit, beispielsweise mit fairen Löhnen, leistbaren Lebensmittelpreisen oder Mieten, der Unzufriedenheit mit den derzeitigen politischen Verhältnissen und somit auch dem Rechtsruck entgegengehalten werden kann. Wir freuen uns schon auf die nächste Frühlingswerkstatt!

SPÖ Frauen OÖ

Befreiungsfeier 2025: „Gemeinsam für ein Niemals wieder“

Am 11. Mai 2025 jährte sich die Internationale Befreiungsfeier des KZ Mauthausen zum 80. Mal. Im Sommer 1942 richtete die SS in den Konzentrationslagern Bordelle ein, in denen weibliche Häftlinge aus Ravensbrück zur sexuellen Zwangsarbeit gezwungen wurde – auch in Mauthausen und Gusen. Mit der Übernahme zweier Außenlager im September 1944 wurde das „Frauen-KZ Mauthausen“ gegründet, um weibliche Zwangsarbeiter:innen für die Kriegsindustrie zu nutzen. Viele der Frauen und Mädchen haben ihr Leben verloren.

Am Denkmal für die Frauen im Konzentrationslager fanden sich die SPÖ Frauen Oberösterreich und die Bundesfrauen

SPÖ Frauen OÖ

Wechsel im Landesfrauenbüro

Laura Wiednig wechselt nach knapp 5 Jahren als Landesfrauengeschäftsführerin in die Arbeiterkammer Oberösterreich. Wir wünschen ihr von Herzen alles Gute und sagen Danke für ihre wertvolle Arbeit. Anna Portenkirchner wird ihr als Landesfrauengeschäftsführerin ab Juni 2025 nachfolgen. Wir blicken voller Energie und Vorfreude in eine feministische Zukunft! Wir freuen uns schon jetzt auf das größte Sommerfest der Sozialdemokratie - die Rote Nacht 2025!

Junge Generation in der SPÖ OÖ

Legendäre Stimmung bei der ESC Watch Party im Café Central

Am 17. Mai fand unter dem Motto „United by Music“ die größte Eurovision Song Contest (ESC) Charity Watch Party Oberösterreichs im Café Central in Linz statt – und das mit großem Erfolg! Rund 240 Gäste feierten gemeinsam einen unvergesslichen Abend, der ganz im Zeichen von Musik, Gemeinschaft und europäischer Solidarität stand.

Die Stimmung war ausgelassen, das Publikum begeistert – und als ob das nicht schon genug gewesen wäre, sorgte der Sieg Österreichs beim ESC für einen legendären Höhepunkt des Abends. Veranstaltet wurde das Event von uns, der Jungen Generation OÖ, gemeinsam mit der Sozialistischen Jugend, der SOHO, den Kinderfreunden und dem VSStÖ. Neben der Live-Übertragung des ESC sorgten ein spannendes Pub-Quiz mit tollen Preisen, die beliebte JG OÖ Cocktailbar und DJ Mr. Flock-



Foto © Klaus Schöngrubner

Gemeinsames Gedenken am Denkmal für die Frauen
im Konzentrationslager Mauthausen.

zum gemeinsamen Gedenken. Landesfrauenvorsitzende LAbg.e Renate Heitz unterstützte das Gedenken musikalisch mit dem Lied „Brot und Rosen“.



Foto © Klaus Schöngrubner

(v.l.n.r.) Laura Wiednig, SP-Landesfrauenvorsitzende
Renate Heitz und Anna Portenkirchner



Foto © Gunnar Schmid

Die Veranstaltung zeigte eindrucksvoll:
Musik verbindet – und der ESC bietet die perfekte Bühne,
um diese Botschaft zu leben und zu feiern.

music für ein buntes Rahmenprogramm und beste Unterhaltung bis in die frühen Morgenstunden. Der gesamte Reinerlös kommt dem Verein *Chancengerechtigkeit* zugute, der sich für Familien und Kinder in schwierigen Lebenslagen einsetzt – ein starkes Zeichen für ein soziales Europa.

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



© JAAPO

DEIN EVENT, DEINE BÜHNE, HOSTED BY US.

Mitten im Herzen von Linz – und dennoch entspannt: Das CENTRAL vereint historische Kinokulisse mit modernster Technik, erstklassiger Akustik und flexibler Ausstattung. Die ideale Bühne für unvergessliche Veranstaltungen.

Alle Infos zu den Veranstaltungen und zur Vermietung finden Sie unter office@centrallinz.at und www.centrallinz.at